

Antrag L01-01: Gegen den Strom - Einleitung

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Gegen den Strom.**

2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen
6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes
7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter
8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.
9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.
10 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines
11 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von
12 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.
13 Einige haben diese Einigkeit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach
14 rechts beigetragen hat. Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche
15 Antworten auf die Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für
16 diejenigen, die bei der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen
17 und Einfluss strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose,
18 Rentner*innen oder Kleinselbständige. Wir sind für diejenigen da, die als Frauen,
19 Diverse oder als Männer unter fehlender Vereinbarkeit von Arbeit und Familie leiden;
20 für die, die wegen ihres Namens, ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert
21 sind oder die aufgrund ihres Alters oder weil ihre Qualifikationen scheinbar nicht
22 mehr gebraucht werden, aus dem Arbeitsmarkt ausgespuckt werden. Diese Verbindung ist
23 nicht ohne Spannungen und Widersprüche, aber sie ist der Kern von Solidarität und
24 Klassenpolitik. Sie passiert nicht automatisch, sie kann nicht vorausgesetzt und
25 nicht erzwungen werden. Wenn wir die gemeinsamen Interessen offensiv ins Zentrum
26 stellen, kann es fortschrittliche und sozial gerechte Antworten auf die Krisen der
27 Zeit geben, dann können wir konkrete Veränderungen für das Leben der Menschen
28 bewirken. Die linken Erfolge in Frankreich oder Skandinavien zeigen, dass das geht.
29 Wir geben keine Ruhe, bis die Bedürfnisse der Bevölkerung zum Maßstab für unsere
30 Gesellschaft werden.

31 Gleichzeitig erleben wir schwere globale Krisen. Kriege verändern das Gesicht der
32 Welt, vertreiben Menschen, zerstören Familien und sind für den Tod unzähliger
33 Menschen verantwortlich. Kriege bestimmen stärker die politischen Debatten - auch in
34 Deutschland. Viele Menschen sorgen sich. Die Klimakatstrophe wird Teile des Planeten
35 unbewohnbar machen. Hitzeperioden, Starkregen und Stürme gehören auch in Deutschland
36 zur neuen Realität. Hierzulande und global leiden vor allem diejenigen, die nicht
37 mehr wissen, ob sie die Kraft und das Geld haben, die aktuellen Krisen zu überstehen.
38 Der Klimawandel verlangt dringend, dass Energiegewinnung, Mobilität und industrielle
39 Produktion klimaneutral gestaltet werden. Dazu hat jedes Land weltweit einen
40 gewichtigen Beitrag zu leisten. Deutschland als eines der wirtschaftlich stärksten
41 Länder hat großen Nachholbedarf.

42 Das Vertrauen vieler Menschen in die Politik und die Demokratie sind erschüttert.
43 Vermögen, Ressourcen und die Macht, Entscheidungen zu treffen, sind so ungleich
44 verteilt wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Die Kommunen werden noch immer mit

45 der Finanzkrise und Herausforderungen der Unterbringung und Inklusion von
46 Geflüchteten allein gelassen. Es war ein folgenschwerer Irrtum zu glauben, dass
47 weltweite Fluchtbewegungen auf kurze Zeiträume begrenzt wären. Krieg, Klimawandel und
48 globale Ungleichheit – und die Tatsache, dass die Industrieländer auf Zuwanderung
49 angewiesen sind –, machen Migration zu einem Dauerthema.

50 Die Deckelungen auf den Ausgaben der Kommunen sind im Alltag der Menschen deutlich zu
51 spüren. Sie zersetzen das Lebensgefühl und den Optimismus im Alltag und schleifen die
52 progressiven Veränderungsperspektiven der Menschen. Den wenig ambitionierten
53 Klimaschutz der Bundesregierung haben viele Menschen als zusätzliche Belastung ohne
54 sozialen Ausgleich erfahren. Klimagerechtigkeit, Transformation,
55 Arbeitszeitverkürzung wird von vielen gewollt und gleichzeitig als Bedrohung erlebt.

56 Im Beruf spüren viele Menschen, dass der Druck steigt. Die Löhne bleiben trotz
57 starker Tarifbewegungen hinter der Preissteigerung zurück. Arbeitskräftemangel und
58 Arbeitsverdichtung bedeuten: Es gibt immer mehr zu tun, bei weniger Leuten und
59 gleichbleibender Stundenzahl, Überstunden häufen sich. Die Erfahrung der Corona-
60 Krise, dass das grundlegende Funktionieren der Gesellschaft von
61 Gesundheitsfachkräften und Beschäftigten in Verkauf und Lieferbetrieben, von
62 Pflegekräften, Erzieher*innen und Lehrer*innen, in Nachbarschaften und realen
63 sozialen Netzwerken abhängt, hat keine politischen Konsequenzen für die Gestaltung
64 von Gesellschaft und Arbeit nach sich gezogen. Die neue Welle von Arbeitskämpfen wird
65 von der Regierung nicht übersetzt in mehr Tarifpflicht, gewerkschaftliche
66 Mitbestimmung und berufliche Durchlässigkeit. Große Konzerne werden mit Steuergeldern
67 gestützt, während kleine und mittlere Betriebe unter Druck geraten. Immer größere
68 Anteile der Profite der Unternehmen werden ausgeschüttet, statt sie in Innovation und
69 Weiterentwicklung zu investieren. Dafür sollen Steuergelder und öffentliche Kredite
70 erhalten.

71 Die politischen Kräfte, die gesellschaftlichen Hass schüren, Ungleichheit offensiv
72 befürworten, menschliches Leben als unterschiedlich wertvoll einschätzen, werden
73 stärker. Der Rechtsruck hat seinen Ausgang in der Mitte der Gesellschaft genommen:
74 Kapitalistische Gesellschaften nutzen schon immer das Mittel der Spaltung zwischen
75 verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die Normalisierung der Spaltung in Arm und Reich,
76 die ungleiche Bewertung von Leben und Zukunftschancen, die zunehmende Militarisierung
77 der Gesellschaft – all das hat sich nicht am rechten Rand gebildet. Die Rechte greift
78 es auf, treibt es weiter und gedeiht darauf. Trotz hoffnungsvoller Gegenbewegungen,
79 wie den Massendemonstrationen gegen Rechtsextremismus im Frühjahr 2024, prägt die
80 Rechte weiter den Diskurs und die Deutung der gesellschaftlichen Lage.

81 Viele folgen rechten Losungen, weil das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der
82 aktuellen Regierung erschüttert ist. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich nicht
83 gehört. Wer profitiert und wer draufzahlt, ist eine Frage des Einkommens – es ist
84 eine Klassenfrage. Das ist die Grundlage, auf der viele Menschen Veränderungen mit
85 Skepsis und Ablehnung betrachten.

86 Es genügt nicht, vor dem Rechtsruck zu warnen und ihn zu skandalisieren. Dass
87 Veränderungen fortschrittlich gestaltet werden können, dass Zukunftsfähigkeit mit
88 gerechter Verteilung, sozialer Sicherheit und mehr Gleichheit zusammengehen kann,
89 kann weder vorausgesetzt noch einfach behauptet werden. Dafür muss argumentiert,
90 mobilisiert, gekämpft werden; dafür müssen Perspektiven aufgezeigt werden. Dafür
91 müssen auch Probleme und Widersprüche zugelassen und bearbeitet werden und die
92 Interessen und Bedarfe derer in den Mittelpunkt gestellt werden, die nicht über
93 Kapital und Einfluss verfügen. Die Leute, die die Arbeit wegtragen, die unsere Busse
94 fahren, in den Krankenhäusern Doppelschichten schieben oder unsere Kinder erziehen.

95 Das ist die Aufgabe der politischen und gesellschaftlichen Linken, und das ist die
96 besondere Aufgabe einer linken Partei. Dieser Verantwortung sind wir in der
97 Vergangenheit nicht ausreichend gerecht geworden, dass ging anderen linken
98 Akteur*innen und Bewegungen ebenfalls so.

99 Wir waren nicht gut genug dabei, Skepsis und Verunsicherung genauso anzunehmen wie
100 Ungeduld und Empörung. Viele, die lange Zeit ihr Vertrauen in uns gesetzt und uns
101 dafür gewählt hatten, haben den Eindruck: Ihr seid mit euch selbst beschäftigt, ihr
102 seid nicht für uns da. Diese Kritik nehmen wir an. Der Linken ist es nicht gelungen,
103 die Verteilungsfrage zwischen oben und unten wirksam auf die öffentliche Agenda zu
104 setzen und den Unmut über die Ampel von links zu besetzen: Soziale Fragen wurden in
105 Fragen der Migration übersetzt, andere Themen wie Außenpolitik waren
106 wahlentscheidend. Wir haben keine ausreichend wirksamen Strategien gegen den
107 Rechtsruck gefunden. Es ist uns zu wenig gelungen, gegen die wachsenden Spaltungen
108 innerhalb der Beschäftigten, zwischen Ost und West, zwischen Migrant*innen und
109 Eingesessenen, in verschiedenen Milieus Perspektiven vorzustellen, die die Menschen
110 zusammenbringen. Es ist uns nicht gelungen, als wirksame und überzeugende Alternative
111 wahrgenommen zu werden.

112 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines
113 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von
114 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.
115 Einige haben diese Einheit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach
116 rechts beigetragen hat.

117 Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche Antworten auf die
118 Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für diejenigen, die bei
119 der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen und Einfluss
120 strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose, Rentner*innen oder
121 Kleinselbständige. Wir wollen für und mit denen kämpfen, die unter der frauen- und
122 kinderfeindlichen Politik leiden, die eine Vereinbarkeit von Familie und
123 Berufstätigkeit vor allem für Alleinerziehende kaum zulässt. Für die, die wegen ihres
124 Namens, ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert sind oder die aufgrund
125 ihres Alters oder weil ihre Qualifikationen scheinbar nicht mehr gebraucht werden,
126 aus dem Arbeitsmarkt ausgespuckt werden. Diese Verbindung ist nicht ohne Spannungen
127 und Widersprüche, aber sie ist der Kern von Solidarität und Klassenpolitik. Sie
128 passiert nicht automatisch, sie kann nicht vorausgesetzt und nicht erzwungen werden.
129 Wenn wir die gemeinsamen Interessen offensiv ins Zentrum stellen, kann es
130 fortschrittliche und sozial gerechte Antworten auf die Krisen der Zeit geben, dann
131 können wir konkrete Veränderungen für das Leben der Menschen bewirken. Die linken
132 Erfolge in Frankreich oder Skandinavien zeigen, dass das geht.

133 Die Linke ist zweifellos in einer gefährlichen, existenzbedrohenden Situation. Vom
134 Parteitag in Halle aus und mit der Bundestagswahl 2025 (und den Bürgerschaftswahlen
135 in Hamburg sowie den Kommunalwahlen in NRW im Blick) wollen wir die Partei auf einen
136 neuen Weg führen und wieder erfolgreich machen. Hoffnung gibt uns dabei: Die Partei
137 ist in ihrer Mitgliederzahl nicht nur stabil, sie ist gewachsen. Wir haben Mitglieder
138 verloren, aber noch mehr hinzugewonnen. Viele, die uns derzeit nicht wählen, wünschen
139 sich eine linke Partei, mit der sie sich identifizieren können. Dieser Verantwortung
140 stellen wir uns.

141 Gemeinsam wollen wir die Krise zu einem Wendepunkt hin zu einer erstarkten und
142 wirkmächtigen linken Partei machen. Dafür muss Die Linke sich strategisch neu
143 aufstellen: Nicht indem alles über Bord geworfen wird, sondern indem wir die
144 gegenwärtige Situation zum Ausgangspunkt nehmen, um unsere Positionen zu schärfen und

145 weiterzuentwickeln. Die Partei kann nur in Auseinandersetzung mit den Problemen der
146 Gegenwart – mit der gegenwärtigen Regierung, den gegenwärtigen Krisen, dem
147 gegenwärtigen Kapitalismus, der gegenwärtigen weltpolitischen Kräfteverhältnisse –
148 ihre Rolle und Funktion belegen.

Antrag L01-02: Warum eine starke Linke dringend nötig ist

Der Parteitag möge beschließen:

1 Warum eine starke Linke dringend nötig ist

2 Die Ampel-Regierung hat alle sozialen Wahlversprechen und Pläne des
3 Koalitionsvertrags gebrochen: Kindergrundsicherung, Wohnungsbau, ein Mindestlohn, der
4 den Vorschriften der EU entspricht, den Pflegenotstand beseitigen, Klimaschutz, der
5 wirksam ist, aber nicht auf Kosten der breiten Mehrheit geht. Wichtige Reformprojekte
6 werden verschleppt: Das Tarifreuegesetz, das Klimageld oder die Senkung der
7 Kappungsgrenze für Mieterhöhungen. Ganz zu schweigen von den Wahlversprechen von
8 SPD
9 und Grünen, die gar nicht in die Koalitionsverhandlungen eingebracht wurden:
10 allgemeinverbindliche Tarifverträge, gerechte Besteuerung von Reichtum, eine
11 gesetzliche Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen. Auch die
12 Versprechungen des Kanzlers, dass die Gelder für die Aufrüstung nicht auf Kosten von
13 Sozialpolitik gehen, sind schon gebrochen. Die Bilanz der Haushaltsplanungen:
14 Kürzungen im Sozialen, aber zusätzliche Aufstockung des Verteidigungshaushaltes. Die
15 Ampel sagt: „Der Haushalt stärkt Familien, Klima, Wirtschaft und Sicherheit“. Die
16 Wahrheit ist, dass der Haushalt Unternehmen, Reiche und Waffenkonzerne stärkt.
17 Kinder, Familien, Rentner*innen, Geringverdienende und Bürgergeld-Empfänger*innen
18 werden mit den gestiegenen Preisen im Stich gelassen. Die unzureichenden Reformen von
19 Hartz IV zum Bürgergeld werden zurückgedreht. Sanktionen, die das
20 Bundesverfassungsgericht schon für unzulässig erklärt hat, werden neu aufgelegt.
21 Spitzenpolitiker*innen der Regierung greifen Forderungen von Beschäftigten und
22 Gewerkschaften in den Tarifaueinandersetzungen an, sie stellen Bürgergeld-
23 Berechtigte als Verantwortliche für ihre verfehlte Politik dar. Wie zu Zeiten der
24 Agenda 2010 wird versucht, eine Spaltung zwischen Beschäftigten, besonders denen im
25 Niedriglohn, und Erwerbslosen und Migrant*innen zu befördern. Die tatsächliche
26 Spaltung der Gesellschaft zwischen oben und unten, zwischen den Superreichen und dem
27 unteren Zweidrittel der Gesellschaft werden aus dem Blickfeld gedrängt. Die
28 selbstverständlichen Erwartungen der Menschen an einen funktionierenden Sozialstaat
29 werden enttäuscht. Es sollte selbstverständlich sein, dass wer ein Kind bekommt, eine
30 Geburtsstation in der Nähe findet, dass ein Recht auf Kita-Platz bedeutet, dass es
31 auch Plätze gibt, dass man im Krankenhaus nicht an vermeidbaren Infektionen stirbt,
32 weil es zu wenig Personal gibt. Die Regierung sagt: „Dafür ist kein Geld da“. Statt
33 die Leistungen zu verbessern, sollen die Erwartungen abgesenkt werden.
34 Wo ist das Geld? Es liegt auf den Konten der Superreichen, es steckt in ihren
35 Unternehmensbeteiligungen, es fließt in die Dividenden der Großaktionäre, es geht in
36 die Taschen der Rüstungskonzerne. Die Prioritäten der Regierung sind: Die
37 Schuldenbremse einhalten; Superreiche nicht belasten, das würde die Klientel des
38 Finanzministers treffen. So schafft die Regierung ihre eigenen Sachzwänge. Aufrüsten
statt Sozialpolitik, „Kanonen oder Butter“ - das sind die Entscheidungen, die die

39 Regierung erzwingt. Besonders dringend fehlt das Geld in den Kommunen. Sie sind für
40 viele Bereiche konkret zuständig, in denen sich die großen Veränderungen - Klima-
41 Umbau, Zuwanderung, demografische Entwicklung, Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt -
42 niederschlagen. Wenn sie finanziell nicht handeln können, gehen diese Veränderungen
43 auf Kosten der Menschen und finden keine Akzeptanz. Die Regierung hat die Kosten für
44 den Klimaschutz nicht an Reiche und Konzerne, sondern an die Leute weitergereicht,
45 die schon jetzt kaum über den Monat kommen. Was dem Klima nützt und die Menschen
46 entlastet, geschieht nicht: Ausbau von Bus und Bahn mit für alle bezahlbaren Tickets
47 im Nah- und Fernverkehr; Wärme und Energie aus Bürgerhand zu sozial gestaffelten
48 Preisen. Das versprochene Klimageld für sozialen Ausgleich wurde einfach gestrichen.

Antrag L01-03: Eine Linke auf der Höhe der Zeit...

Der Parteitag möge beschließen:

1 Eine Linke auf der Höhe der Zeit...

2 ...muss Antworten auf die Sorgen der Menschen finden und auf der Höhe der
3 gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sein. In folgenden
4 Feldern werden wir uns auf dem Weg zur Bundestagswahl weiterentwickeln:

5 Wir werden zeigen, wie mehr soziale Sicherheit, gerechte Verteilung, mehr Teilhabe
6 und gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleistet werden können. Wir werden unsere
7 Forderungen und Reformkonzepte weiterentwickeln, aktualisieren und in die Debatte
8 bringen: Zu Rente, Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung; zu Tarifbindung,
9 Mitbestimmung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf; zum Anspruch auf gute
10 (soziale) Infrastruktur im Verkehr, Kita und Schule, Pflege und Gesundheit,
11 bezahlbares Wohnen und Energie. Wir werden Konzepte gegen den Fachkräftemangel und
12 für Job- und Einkommensgarantien in der Transformation vorstellen, zur Sicherung von
13 Lebensstandards und beruflicher Weiterentwicklung.

14 Wir treten der falschen Erzählung entgegen, die Migrant*innen zu Sündenböcken für
15 Sozialabbau und soziale Unsicherheit macht. Wir weisen stattdessen auf die zutiefst
16 ungerechte Verteilung zwischen oben und unten und die wahren Gründe für die
17 Unsicherheit des Alltags, der Aushöhlung der Daseinsvorsorge hin.

18 Wir entwickeln Konzepte, wie das Leben in den Kommunen für alle sinnvoll gestaltet
19 werden kann und die Kommunen ausreichend finanziert werden. Unser
20 Einwanderungskonzept muss sichere und legale Einwanderungswege eröffnen, die das
21 Sterben an den europäischen Grenzen beenden – und einen schnellen Weg zum Einstieg in
22 die Arbeitswelt und zu voller Teilhabe in der Gesellschaft eröffnen.

23 Der neue Parteivorstand wird unsere Konzepte zu Migration weiterentwickeln, wie sie
24 unter anderem in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und von unseren Abgeordneten im
25 Bundestag erarbeitet wurden, und im Bundestagswahlprogramm Grundlinien für eine
26 solidarische Einwanderungsgesellschaft vorlegen.

27 Wir werden die Militarisierung und die Verengung von – europäischer und globaler –
28 Sicherheitspolitik auf Kriegslogik zurückweisen und die Kosten der Aufrüstungsspirale
29 aufdecken. Wir werden tragfähige Konzepte entwickeln, wie eine weltweite
30 Abrüstungsinitiative aussehen kann; wie Schritte für einen Frieden in der Ukraine und
31 im Nahen Osten gegangen werden können; wie ein System der kollektiven Sicherheit in
32 einer multipolaren Welt aussehen kann; wie wir Sicherheit und Frieden mit friedlichen

33 Mitteln erreichen. Hierauf wird unser Bundestagswahlprogramm 2025 konkrete Antworten
34 liefern.

35 Wir wollen die Verbindungen in die Gewerkschaften und die linke Gewerkschaftspolitik
36 stärken. Mit der Ergänzung der gewerkschaftlichen Ratschläge um den Gewerkschaftsrat
37 sind wir einen wichtigen Schritt schon gegangen. Wir wollen Vernetzungen,
38 Gesprächsformate und Strategieberatungen zu gewerkschaftlichen Fragen ausbauen. Wir
39 unterstützen Streiks und Gegenwehr der Beschäftigten und zeigen, dass Die Linke ein
40 verlässlicher(er) Partner bei den Forderungen nach gerechten Übergängen in der
41 Industrie, angemessener Personalbemessung und gerechter Finanzierung der
42 Daseinsvorsorge, Arbeitszeitverkürzung, Tarifbindung und Entlohnung ist. Auch
43 innerparteilich wollen wir die Vernetzungen und Verankerungen in der Klasse stärken:
44 Was wir mit den Gesundheitsarbeiter*innen begonnen haben, sollte nach und nach mit
45 allen größeren Branchen passieren.

46 Wir legen Konzepte für gerechte Übergänge aus der fossilen Gesellschaft vor, die das
47 Leben der Mehrheit der Menschen besser statt schwerer machen. Wir kritisieren die
48 Klimapolitik der Regierung, weil sie die Klimaziele verfehlt und die Zukunft
49 verspielt und weil sie die Kosten für den ökologischen Umbau den Menschen mit kleinen
50 und mittleren Einkommen aufbürdet. Wir zeigen, wie mit gerechter Steuerpolitik und
51 einer anderen Finanzpolitik eine gute Daseinsvorsorge und Klimaschutz gerecht
52 finanziert werden kann.

53 Wir konkretisieren unsere Vorschläge für eine aktive Industriepolitik und öffentliche
54 Investitionslenkung. Ohne eine starke Rolle des Staates wird der notwendige Umbau von
55 Wirtschaft und Energieversorgung in kurzer Zeit nicht zu schaffen sein. Nur
56 öffentliches Geld zu geben und Marktlenkung zu betreiben, wird nicht ausreichen.
57 Daher setzen wir auch auf öffentliche Beteiligungen, öffentliche Unternehmen,
58 Direktbeauftragungen und Produktionsnetzwerke unter staatlicher Führung. Große
59 öffentliche Investitionsförderungen müssen regional fair verteilt sein und dürfen
60 nicht auf Kosten einer breiter aufgestellten Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
61 gehen.“

Antrag L01-04: Wir nehmen die gesellschaftlichen Herausforderungen an und entwickeln unsere Positionen weiter

Der Parteitag möge beschließen:

1 Wir nehmen die gesellschaftlichen Herausforderungen an und entwickeln 2 unsere Positionen weiter

3 Viele Menschen erleben, dass der Alltag (so) nicht funktioniert. Unsicherheit und
4 Ungerechtigkeit fressen sich ins Lebensgefühl. Die Unsicherheitsgefühle sind
5 politisch umkämpft. Sie überlagern die gesellschaftlichen Debatten um Migration und
6 globale Sicherheit. Die Linke muss sowohl die gesellschaftlichen Ursachen der
7 Unsicherheiten wie die politischen Antworten in den Bereichen Migration und globale
8 Sicherheit angemessen in ihren Konzepten beantworten.

9 Für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft

10 Migration gab es schon immer. Menschen setzen sich in Bewegung. Sie überwinden

11 Grenzen und ganze Kontinente. Die aktuellen öffentlichen Debatten sind darauf
12 angelegt, Menschen, die zu uns kommen, zu Sündenböcken zu machen.
13 Abschottungsphantasien und -debatten dominieren und verstellen den Blick darauf, dass
14 Deutschland längst ein Einwanderungsland ist. Die Ampelregierung hat mit der
15 Zustimmung zur Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik das individuelle Asylrecht
16 faktisch abgeschafft. Illegale und tödliche Praktiken an den europäischen Grenzen
17 kosten das Leben von tausenden Menschen. Die Linke stellt sich dem entgegen
18 Menschen mit Migrationsgeschichte arbeiten hier, sind Nachbar*innen und Freund*innen.
19 Die Geschichte und der Reichtum der Bundesrepublik ist ohne ihre Arbeit undenkbar.
20 Ganze Lebensbereiche würden sofort zusammenbrechen, wenn die Menschen mit
21 Migrationshintergrund für einen Tag oder eine Stunde die Tätigkeiten unterbrechen
22 würden, mit denen sie mit vielen anderen gemeinsam diese Gesellschaft am Laufen
23 halten. Die Kosten für die Versorgung der Geflüchteten stehen weit zurück hinter den
24 Kosten, die Steuerflüchtlinge der Gesellschaft aufbürden. Und während die Inklusion
25 von Geflüchteten und Zuwandernden wichtig ist für die Zukunft, ist Steuerflucht
26 lediglich Diebstahl von öffentlichen Einnahmen. Die Hetze gegen Migration macht das
27 unsichtbar. Die Linke stellt sich dem entgegen. Gemeinsam stehen wir gegen alle –
28 Bewegungen, Parteien, Gesetze und Institutionen –, die unsere Nachbar*innen und
29 Kolleg*innen aus unserer Mitte vertreiben wollen.

30 Statt einer Debatte zwischen einem „Wir“ und „die anderen“ orientiert sich Die Linke
31 am Leitbild einer demokratischen und sozialen Einwanderungsgesellschaft. Um diese zu
32 gestalten, müssen entsprechende gesetzliche, finanzielle und strukturelle
33 Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir machen Vorschläge, wie Partizipation und
34 Integration schneller und besser gelingen können.

35 Zuwanderung ist mit Herausforderungen verbunden – für Einwandernde und Aufnehmende,
36 für Individuen und für Gesellschaften. Sie liegen in mangelnden Ressourcen und
37 Strukturen, die schnelle Zugänge in die Gesellschaft und zu voller Teilhabe
38 behindern. Sie liegen an zu wenig Wohnraum, zu wenig und zu restriktiven Zugang zu
39 Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt. Aus solchen Spannungsverhältnissen und kommunalen
40 Überlastungssituationen werden rechte Erzählungen konstruiert, die Menschen mit
41 Migrationsgeschichte zum gesellschaftlichen Gegner machen. Für solche
42 Herausforderungen werden wir Lösungen entwickeln.

43 Deshalb schlägt Die Linke ein eng mit dem europäischen und internationalen
44 Menschenrechtsschutz verzahntes Einwanderungskonzept vor. Es umfasst unterschiedliche
45 Elemente: 1) legale Wege zur Einwanderung jenseits des Asyl- und Flüchtlingsrechts 2)
46 rechtliche Gleichstellung, Aufenthaltsrecht und Staatsbürgerschaft, 3) Zugänge zum
47 Arbeitsmarkt und 4) die sozialen Rahmenbedingungen und notwendigen Investitionen,
48 mehr Angebote und Personal für Sprachkurse und für Schulen und Kitas, Wohnen sowie
49 einen Fonds für Willkommenskommunen.

50 Dort, wo Menschen leben, arbeiten, ihre sozialen Beziehungen aufbauen und zum
51 gesellschaftlichen Leben beitragen, sollen sie auch die Möglichkeit haben, im vollen
52 Sinne am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und einen abgesicherten und dauerhaften
53 Rechtsstatus erhalten.

54 Die wesentlichen Kosten und Arbeit beim Ankommen werden von den Kommunen geleistet –
55 die in vielen Fällen schon durch Altschulden und leere Kassen ihre Pflichtaufgaben
56 kaum erfüllen können. Willkommen braucht Strukturen und Ressourcen zum Ausbau der
57 sozialen Infrastruktur. Die Kosten dafür müssen durch den Bund übernommen werden.
58 Wir fordern einen bundesweiten Partizipationsrat, in dem die Integrationsbeauftragten
59 von Kommunen und Ländern und die migrantischen Selbstorganisationen vertreten sind.
60 Wir wollen die Hürden beim Arbeitsmarktzugang senken und die Anerkennung

61 ausländischer Abschlüsse erleichtern, damit jeder Mensch von seiner eigenen Hände
62 Arbeit sein / ihr Leben gestalten kann. Das deutsche System „Sprache, Ausbildung,
63 dann erst Arbeit“ ist an vielen Stellen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft zu
64 starr.

Antrag L01-05: Friedenssicherung in einer multipolaren Weltordnung

Der Parteitag möge beschließen:

1 Friedenssicherung in einer multipolaren Weltordnung

2 Das 21. Jahrhundert ist - entgegen vieler Hoffnungen nach Beendigung des kalten
3 Krieges - durch eine Zunahme von ökonomischen und militärischen Konflikten
4 gekennzeichnet. Statt multilateraler Konfliktvermeidung beispielsweise auf der Ebene
5 der UN, versuchen Staaten mit globalem oder regionalem Machtanspruch ihre Interessen-
6 und Einflussphären zu sichern, in immer mehr Fällen auch mit der Androhung oder dem
7 Einsatz von militärischen Mitteln. Die Zunahme an militärischen Konflikten fordert
8 immer mehr Opfer, ob in der Ukraine, im Gazastreifen oder im Sudan. Und sie
9 vernichtet die Möglichkeit der globalen Kooperation und die materiellen Ressourcen,
10 die zur Bewältigung der globalen Krisen notwendig sind. Diese Kriege schaffen weitere
11 Fluchtursachen, statt sie weiter zu bekämpfen.

12 Der politische und ökonomische Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg entsteht aus
13 seiner kapitalistischen Verwertungslogik. Nicht nur der Globale Westen, sondern auch
14 Staaten, wie Russland, Iran oder China, sowie in einer Doppelrolle die Türkei,
15 kämpfen um regionalen oder globalen Einfluss. Die Überwindung der kapitalistischen
16 Verwertungslogik ist daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch des
17 Friedens.

18 Geopolitische und geostrategische Auseinandersetzungen, Handelskonflikte und Kriege
19 haben dramatisch zugenommen und die Koordinaten der internationalen Politik
20 verschoben. Insbesondere der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die
21 Ukraine hat Die Linke vor neue Herausforderungen als Partei für Frieden, Entspannung
22 und Abrüstung gestellt. Die USA und die NATO verfolgen im Ukraine-Konflikt eigene
23 geopolitische und strategische Interessen zur Schwächung Russlands und um Stärke
24 gegenüber der aufsteigenden Macht China zu demonstrieren. Doch es wäre ein Fehler,
25 den Ukrainekrieg auf seine – unbestreitbare – geopolitische Dimension und damit auf
26 eine rein innerimperiale Auseinandersetzung zwischen den USA/NATO und Russland zu
27 reduzieren.

28 In der Vergangenheit konnten Linke und Friedensbewegte mit einer klaren Haltung gegen
29 die Politik der NATO und der militärischen Konfrontation des Westens gesellschaftlich
30 wirksam sein. Heute gilt es jedoch darüber hinaus glaubwürdige Antworten auf
31 Aggressionen und imperiale Bestrebungen nicht-westlicher Akteure zu finden, die das
32 in der Charta der UN verankerte Prinzip des Friedens zwischen den Staaten
33 herausfordern. Nur so werden wir überzeugend der wachsenden Militarisierung der
34 gesamten Gesellschaft und ihrer Ausrichtung auf das Ziel einer neuen
35 Kriegstüchtigkeit entgegentreten können.

36 Die ukrainische Bevölkerung kämpft um ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung und
37 nimmt das in der UN-Charta verbrieftete Recht auf Selbstverteidigung wahr. Die Linke

38 verteidigt dieses Recht. Gleichzeitig treten wir für das Recht auf
39 Kriegsdienstverweigerung ein und fordern die Bundesregierung auf, russischen wie
40 ukrainischen Kriegsdienstverweigerern politisches Asyl zu gewähren.

41 Der bisherige Verlauf des Krieges zeigt: Militärisch wird es keine Lösung des
42 Konfliktes geben. Diese wird nur in einem größeren Rahmen möglich sein und erfordert
43 eine Einbeziehung von Staaten wie China, Brasilien, Indien und Südafrika. Es ist ein
44 Fehler der westlichen Länder, Chinas Plan für eine Friedenslösung abzutun, statt
45 China beim Wort zu nehmen, die „Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen
46 Integrität aller Länder“ anzuerkennen und das Völkerrecht, einschließlich der Ziele
47 und Grundsätze der UN-Charta, einzuhalten. Auch China verfolgt Großmachtinteressen,
48 aber statt Entspannung und Interessenausgleich forcieren die USA einen Handelskrieg
49 mit China und verstärken ihre militärische Präsenz im südpazifischen Raum. Diese
50 Politik der Konfrontation führt zu einer Stärkung der Kooperation Chinas mit
51 Russland, statt einer Friedenslösung näherzukommen.

52 Ein Friede kann nur ein gerechter Friede sein. Wir treten deshalb dafür ein, dass am
53 Ende eines Friedensprozesses der Rückzug der russischen Truppen stehen muss. Ein
54 Friedensprozess aber muss mit einem Waffenstillstand beginnen, der Raum für weitere
55 Schritte eröffnet und gleichzeitig sicherstellt, dass er keiner Partei militärische
56 Vorteile für eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen verschafft. Der russische Abzug
57 sollte Ergebnis, nicht Vorbedingungen für Verhandlungen sein.

Antrag L01-06: Friedenstauglich statt kriegstauglich

Der Parteitag möge beschließen:

1 Friedenstauglich statt kriegstauglich

2 Die global um sich greifende Kriegslogik befördert die Aufrüstung und die
3 Militarisierung der Gesellschaften, auch in Deutschland. „Kriegstüchtigkeit“ wird als
4 gesellschaftliches Ziel, als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern und als
5 Anforderung an die junge Generation formuliert. Von der gesellschaftlichen Rechten
6 bis zu Teilen der SPD und dem Verteidigungsminister Pistorius sollen Wehrpflicht und
7 Pflichtdienste wieder eingeführt werden. Die Linke stellt sich der Normalisierung von
8 Aufrüstung, Militarisierung und Krieg entgegen. Wir lehnen Einsätze der Bundeswehr im
9 Ausland ab. Wir stellen uns der Aufrüstungspolitik entgegen. Von deutschem Boden
10 gingen zwei Weltkriege aus. Das werden wir nicht vergessen. Wir zeigen, wie viel Geld
11 für Soziales und Gesundheit fehlt, weil Steuergelder in Raketen und Kampfjets
12 gesteckt werden.

13 Die deutsche Regierung und die internationale Gemeinschaft müssen mutige Schritte
14 unternehmen, um den Krieg zu beenden. Das gilt auch für den Nahost-Konflikt, der
15 tausende Menschen das Leben kostet. Die Internationale Gemeinschaft muss sich mit
16 aller Kraft für Deeskalation in der gesamten Region, einen Waffenstillstand, die
17 Freilassung der Geiseln und Friedensverhandlungen einsetzen statt weiter
18 Rüstungsgüter in den Nahen Osten zu liefern.

19 Es wird für Deutschland und die EU entscheidend sein, nicht Teil einer globalen
20 Auseinandersetzung zwischen West und Ost zu werden. Dazu ist es dringend notwendig,
21 die außenpolitische Dominanz der USA gegenüber der EU in Frage zu stellen und eine
22 klare Position gegen den sich verschärfenden Konflikt USA-China einzunehmen.

23 Ziel muss es sein, die EU mit strategischer Unabhängigkeit und damit diplomatischer
24 Glaubwürdigkeit zu einem Vermittler zwischen Konfliktpartnern werden zu lassen, statt
25 selbst imperiale Ziele zu verfolgen oder Teil einer neuen Blockkonfrontation zu
26 werden.

27 Wir sagen Nein zur geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen. Diese
28 Raketen erhöhen nicht unsere Sicherheit, sondern schaffen neue Risiken und erhöhen
29 die Kriegsgefahr. Anders als die Stationierung von Mittelstreckenraketen im Rahmen
30 des NATO-Doppelbeschlusses der 80er Jahre ist der aktuelle Beschluss noch nicht
31 einmal mit einem Angebot zu Rüstungskontrollverhandlungen verbunden. Mehr Aufrüstung,
32 mehr atomwaffenfähige Raketen schaffen keinen Frieden, sondern treiben eine weitere
33 Spirale der Aufrüstung an. Die weltweite Aufrüstung blockiert die Ressourcen, die wir
34 dringend im Kampf gegen den Klimawandel und gegen Armut brauchen. Wir greifen die
35 Initiative von über 50 Nobelpreisträger*innen auf, die 2021 vorgeschlagen
36 hatten, dass alle Mitgliedsstaaten der UN ihre Rüstungsetat jedes Jahr um 2% senken,
37 und die so frei werdenden Mittel für die Bekämpfung der größten Menschheitsprobleme
38 wie Klimawandel, Armut und Pandemien zu bekämpfen.

39 Vielstimmigkeit und Unklarheit schaden der Wahrnehmung der Linken auf dem Feld der
40 Außenpolitik. Wir wollen die ungelösten und zum Teil strittigen Fragen zu
41 gemeinsamen, breit getragenen Positionen weiterentwickeln: Wie eine
42 Sicherheitsarchitektur aussehen kann, die nicht Konfrontation befördert. Wie
43 internationale Institutionen gestärkt und gestaltet werden können, so dass
44 Verhandlungen und Völkerrecht im Zentrum von Konfliktlösungsstrategien stehen. Wie
45 wir das Selbstverteidigungsrecht und den Ausstieg aus der militärischen Eskalation
46 zusammenbringen. Wir werden Alternativen zur scheinbaren Ausweglosigkeit des
47 Wettrüstens entwickeln. Dafür suchen wir den Dialog auch mit Gewerkschaften, den
48 Kirchen, Friedensbewegungen und Nichtregierungsorganisationen.

Antrag L01-07: Eine linke Oststrategie

Der Parteitag möge beschließen:

1 Eine linke Oststrategie

2 Die Menschen in Ostdeutschland haben in den letzten 34 Jahren seit der
3 Wiedervereinigung viele Dinge erreicht, auf sie stolz sein können. Sie haben eine
4 industrielle Kahlschlagpolitik und Massenarbeitslosigkeit erlebt und viele
5 Ostdeutsche haben – mitten im Leben stehend und mit familiären Verpflichtungen – neue
6 Berufe erlernt. Es sind gesellschaftliche Freiräume entstanden: in unzähligen
7 Bürgerinitiativen wurde um die Restaurierung von Kulturstätten gekämpft. Freie
8 Jugendprojekte schossen aus dem Boden, die dem Aufkommen rechter Schlägertrupps
9 etwas
10 entgegensetzen konnten. An sozialen Errungenschaften in der Gleichstellungs-,
11 Gesundheits- und Bildungspolitik konnte angeknüpft werden.

11 Gleichzeitig schlug den Ostdeutschen aus der bundesdeutschen Politik stets der Wind
12 entgegen. Die Treuhand hat mit ihrem „Aufbau Ost“, der ein „Ausverkauf Ost“ war, die
13 Grundlagen für die Entwicklungspfade gelegt, die noch heute wirken: Einige
14 wirtschaftliche Cluster-Regionen wie Jena, Erfurt, Dresden oder Leipzig sind
15 entstanden, in denen die wirtschaftlichen Kennzahlen gut sind. Strukturell und im
16 Durchschnitt aber bilden die fünf Ostbundesländer immer noch die größte

17 zusammenhängende strukturschwache Region Deutschlands: Löhne, Wirtschaftsleistung,
18 Einkommen und Vermögen sind geringer, die Zukunft stärker von Sorgen geprägt. Die
19 Finanzstruktur der kommunalen Haushalte ist problematisch. Die öffentliche
20 Daseinsvorsorge bildet oft kein verlässliches gesellschaftliches Netz mehr, viele
21 Menschen verlassen die schrumpfenden Regionen.

22 Diese tiefsitzenden Erfahrungen der politischen Enttäuschung – trotz eines
23 massenhaften Aufbegehrens – haben der Angleichung zwischen Ost und West geschadet.
24 Sie haben auch das Vertrauen in Demokratie zum Wohle der übergroßen Mehrheit
25 erschüttert.

26 Das Programm „weniger Migration, weniger kulturelle Pluralität, weniger
27 Globalisierung, weniger Klimawende, weniger institutionelle Politik“ – das besonders
28 von der AfD, auch von CDU und BSW vorangetrieben wird – ist eine wirtschaftliche und
29 soziale Selbstabwicklung. Ohne sozialen und ökologischen Umbau, Öffnung und
30 Zuwanderung werden sich die Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Wir wollen an
31 den Potenzialen, Erfahrungen und Chancen der ostdeutschen Länder ansetzen.

32 Die Linke weiß, dass viele Menschen im Osten unsere Werte der Solidarität, der
33 Gleichheit und der Würde jedes Menschen teilen. Diesen solidarischen und
34 widerständigen Osten wollen wir vertreten. Wir suchen den Austausch mit den Menschen,
35 die unsere Visionen teilen, aber nicht mehr überzeugt sind, dass sie auch realisiert
36 werden können. Die Menschen in Ostdeutschland haben in den letzten 34 Jahren seit der
37 Wiedervereinigung viele Dinge erreicht, auf sie stolz sein können. Sie haben eine
38 industrielle Kahl Schlagpolitik und Massenarbeitslosigkeit erlebt und viele
39 Ostdeutsche haben – mitten im Leben stehend und mit familiären Verpflichtungen – neue
40 Berufe erlernt. Es sind gesellschaftliche Freiräume entstanden: in unzähligen
41 Bürgerinitiativen wurde um die Restaurierung von Kulturstätten gekämpft. Freie
42 Jugendprojekte schossen aus dem Boden, die dem Aufkommen rechter Schlägertrupps
etwas
43 entgegensetzen konnten. An sozialen Errungenschaften in der Gleichstellungs-,
44 Gesundheits- und Bildungspolitik konnte angeknüpft werden.

45 Gleichzeitig schlug den Ostdeutschen aus der bundesdeutschen Politik stets der Wind
46 entgegen. Die Treuhand hat mit ihrem „Aufbau Ost“, der ein „Ausverkauf Ost“ war, die
47 Grundlagen für die Entwicklungspfade gelegt, die noch heute wirken: Einige
48 wirtschaftliche Cluster-Regionen wie Jena, Erfurt, Dresden oder Leipzig sind
49 entstanden, in denen die wirtschaftlichen Kennzahlen gut sind. Strukturell und im
50 Durchschnitt aber bilden die fünf Ostbundesländer immer noch die größte
51 zusammenhängende strukturschwache Region Deutschlands: Löhne, Wirtschaftsleistung,
52 Einkommen und Vermögen sind geringer, die Zukunft stärker von Sorgen geprägt. Die
53 Finanzstruktur der kommunalen Haushalte ist problematisch. Die öffentliche
54 Daseinsvorsorge bildet oft kein verlässliches gesellschaftliches Netz mehr, viele
55 Menschen verlassen die schrumpfenden Regionen.

56 Diese tiefsitzenden Erfahrungen der politischen Enttäuschung – trotz eines
57 massenhaften Aufbegehrens – haben der Angleichung zwischen Ost und West geschadet.
58 Sie haben auch das Vertrauen in Demokratie zum Wohle der übergroßen Mehrheit
59 erschüttert.

60 Das Programm „weniger Migration, weniger kulturelle Pluralität, weniger
61 Globalisierung, weniger Klimawende, weniger institutionelle Politik“ – das besonders
62 von der AfD, auch von CDU und BSW vorangetrieben wird – ist eine wirtschaftliche und
63 soziale Selbstabwicklung. Ohne sozialen und ökologischen Umbau, Öffnung und
64 Zuwanderung werden sich die Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Wir wollen an
65 den Potenzialen, Erfahrungen und Chancen der ostdeutschen Länder ansetzen.

66 Die Linke weiß, dass viele Menschen im Osten unsere Werte der Solidarität, der
67 Gleichheit und der Würde jedes Menschen teilen. Diesen solidarischen und
68 widerständigen Osten wollen wir vertreten. Wir suchen den Austausch mit den Menschen,
69 die unsere Visionen teilen, aber nicht mehr überzeugt sind, dass sie auch realisiert
70 werden können.

Antrag L01-08: Eine moderne linke Ostpolitik muss mindestens drei Funktionen erfüllen:

Der Parteitag möge beschließen:

1 Eine moderne linke Ostpolitik muss mindestens drei Funktionen erfüllen:

2 Erstens muss die Frage der sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und deren
3 Überwindung in den Fragen Löhne, Arbeitszeit, Tarifbindung und Renten im Zentrum
4 stehen. Jede*r vierte, der oder die im Osten in Vollzeit arbeitet, erhält nur
5 Niedriglohn, ganz zu schweigen von den Beschäftigten in Teilzeit. Wir wollen den
6 Niedriglohnsektor trockenlegen.

7 Zweitens werden wir einen eigenen Entwicklungspfad für den Osten aufzeigen. Wir
8 können die Energiewende zu einem wirtschaftlichen Erfolgsprojekt im Osten machen:
9 Wohnortnahe, nachhaltige Energie, in kommunaler Hand sichert soziale Preisgestaltung
10 und macht Industriestandorte zukunftssicher. Bei der Produktion von Schienen, Bus und
11 Bahn liegen ostdeutsche Unternehmen vorn. Sie brauchen Zukunftssicherheit durch die
12 Bundespolitik: Mehr Investitionen in die Schiene, Bus und Bahn bedeutet mehr und
13 Verlässliche Produktion und einen Aufwuchs an Kapazitäten und Beschäftigung. Die
14 Investitionen in Daseinsvorsorge und Verkehrs- und Energiewende können ein Jobmotor
15 werden, der gegen schrumpfende Zukunftsperspektiven und schrumpfende Landstriche
16 wirkt.

17 Die Erfahrungen aus der Transformation im Osten können für die aktuellen
18 Herausforderungen genutzt werden. Erfahrungen mit genossenschaftlichen
19 Wirtschaftsstrukturen z.B. können sowohl in der Landwirtschaft als auch Industrie
20 helfen, neue Wege zu gehen.

21 Drittens muss die Daseinsvorsorge in Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege,
22 öffentlichem Verkehr und Wohnen gestärkt werden. Längst ist die Mietenkrise auch in
23 vielen ostdeutschen Mittelstädten angekommen. Durch gerechte Finanzierung der
24 Kommunen und Verteilung des gesamtdeutschen Reichtums werden Strukturen geschaffen,
25 die die Grundlage für funktionierendes Wirtschaften bilden und verhindern, dass die
26 Menschen aus den Regionen abwandern.

27 Wir stehen für: Mehr Kooperation, weniger Konkurrenz, mehr lernen voneinander, nicht
28 nur angleichen. Wir werden Zukunftspläne mit den Menschen vor Ort entwickeln, statt
29 über ihre Köpfe. Um falsche Gegenüberstellungen aufzubrechen, wollen wir Konzepte für
30 gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, in Castrop Rauxel und in Bitterfeld
31 weiterentwickeln und im Alltag der Menschen sichtbar machen. Wir wollen eine Debatte
32 entlang von Stärken auf das Zusammenwachsen Ost und West.

Antrag L01-09: Wir verabreden den folgenden Zeitplan für die Debatte:

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Wir verabreden den folgenden Zeitplan für die Debatte:**
- 2 Die konzeptionellen Weiterentwicklungen werden im ersten zum Bundestagswahlprogramm
- 3 ausgearbeitet (1. Entwurf bis Dezember 24, Beschlussfassung bis Mai 25). Hierzu
- 4 werden wir die Expert*innen aus Partei und Fraktionen angemessen beteiligen.
- 5 Nach der Bundestagswahl 25 treten wir wie verabredet in eine programmatische Debatte
- 6 ein, die bis 2027 abgeschlossen sein soll.

Antrag L01-10: Auf dem Weg zur Bundestagswahl: Fokussieren

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Auf dem Weg zur Bundestagswahl: Fokussieren**
- 2 Unser Ziel ist es, bei der Bundestagswahl 2025 wieder in Fraktionsstärke in den
- 3 Bundestag einzuziehen. Darauf bereiten wir uns vor und wollen aus Fehlern lernen. Zu
- 4 oft haben wir in entscheidenden gesellschaftlichen Fragen nicht mit einer Stimme
- 5 gesprochen. Strittige Fragen haben wir zum Teil nicht klar entschieden, um
- 6 Gemeinsamkeiten zu ermöglichen. Und zu oft wurden die Beschlüsse der Partei nicht in
- 7 der Öffentlichkeit vertreten. Das hat es schwieriger gemacht, die Kernprojekte der
- 8 Partei zu erkennen. In Vorbereitung auf die Bundestagswahl ist es daher wichtig
- 9 – neben der Klärung strittiger Fragen –, zentrale Felder und Projekte zu bestimmen
- 10 und eine Fokussierung zu erreichen. Für die Fokussierung braucht es wenige Themen, um
- 11 öffentlich durchzudringen: Mit den Themen muss vermittelt werden, was für eine
- 12 Erzählung, was für ein größeres Ganzes mit einer Linken des 21. Jahrhunderts
- 13 verbunden wird.
- 14 Fokussieren heißt nicht, dass wir über nichts anderes mehr reden. Es bedeutet,
- 15 konkrete Themen auszuwählen, die wir im Sinne von Kampagnen in den Mittelpunkt
- 16 stellen. Zu guten Kampagnen gehört ein klares Ziel und klar benannte Instrumente, wie
- 17 es erreicht werden soll. Mit solchen Kampagnenthemen haben wir erfolgreich Politik
- 18 gemacht. Wir werden gemeinsam entwickeln, welche Zuspitzungen wir bis zur
- 19 Bundestagswahl und darüber hinaus in den Vordergrund stellen.
- 20 Zentral ist dabei der Kampf um die sozialen Grundlagen der Gesellschaft: Um ein Leben
- 21 in Würde und Sicherheit führen zu können, sind wir alle auf staatliche und kommunale
- 22 Einrichtungen angewiesen. Wir wollen, dass diese „Ökonomie des Alltags“ wieder
- 23 funktioniert und am Gemeinwohl und nicht am Profit orientiert ist. Wir wollen da, wo
- 24 in der Vergangenheit die notwendigen öffentlichen Investitionen unterblieben sind,
- 25 wieder investieren und die Kommunen stärken. Unternehmen und Institutionen dieser
- 26 „Ökonomie des Alltags“ müssen der öffentlichen Kontrolle unterliegen und
- 27 demokratisiert werden. Diese grundlegenden Dienste und Angebote müssen für alle
- 28 bedingungslos und für alle gleich zugänglich sein. Die „Ökonomie des Alltags“ muss
- 29 auf dem Prinzip der Solidarität beruhen. Mit einer solchen gemeinwohlorientierten
- 30 „Ökonomie des Alltags“ entziehen wir Teilbereiche der Ökonomie der Profitlogik und

31 bringen sie unter demokratische, öffentliche Kontrolle. Wir machen damit unsere
32 Alternative zu einer Gesellschaft deutlich, in der wir zunehmend mit unserem
33 individuellen Einkommen versuchen müssen, unsere Bedürfnisse auf dem Markt zu
34 befriedigen: Einen demokratischen Sozialismus, der ein Leben in Würde und Sicherheit
35 ermöglicht, und wo alle einen gleichen und bedingungslosen Zugang zu öffentlichen
36 Leistungen haben.

37 Bei Mieten und Wohnen wird es um den Kampf für einen Mietendeckel, gegen hohe
38 Heizkosten und für ausreichend bezahlbaren Wohnraum gehen. In der
39 Gesundheitsversorgung um ausreichend Personal, eine solidarische Gesundheits- und
40 Pflegevollversicherung und die Wiedergewinnung von 200 000 Pflegekräften. Ausbau des
41 Nahverkehrs, auch als Teil der Industrietransformation – kostenfrei für die
42 Nutzer*innen. Ausreichend Kitaplätze, mehr Erzieher*innen und angemessene Bezahlung.
43 Kindergrundsicherung, höhere Rente und Soziale Sicherung ohne Erpressung und
44 Sanktionen. Für solche entlastenden Maßnahmen für die Mehrheit der Bevölkerung
45 braucht es eine Umverteilung: Vermögensteuer, Übergewinnsteuer eine solidarische
46 Gesundheits- und Pflegevollversicherung und öffentliche Investitionen zur Sicherung
47 öffentlicher Infrastruktur. Ebenso unverzichtbar sind soziale Sicherungssysteme, die
48 uns gegen Risiken des Lebens absichern. Aber diese Systeme sind zunehmend brüchig
49 geworden, funktionieren immer weniger oder schließen ganze Gruppen aus während andere
50 sich der Solidargemeinschaft entziehen können.

51 Wir treten ein für Arbeit die zum Leben passt. Arbeit – Arbeitszeitverkürzung mit
52 Lohnausgleich und Job-Offensive gegen Druck und Erschöpfung und eine Job- und
53 Einkommensgarantie in der Transformation. Das geht nur mit breiter, flächendeckender
54 Tarifbindung.

55 Wir machen Politik für die Beschäftigten, ob in Gesundheit, Erziehung, Handel und
56 Logistik oder in der Industrie. Gute Arbeit und gute Versorgung in der öffentlichen
57 Daseinsvorsorge betrifft die größten Gruppen der Beschäftigten – und alle Menschen,
58 die auf die öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind. Gerade die
59 Gewerkschafterinnen wissen, wo sie die SPD-geführte Regierung im Stich gelassen hat:
60 Es gibt nicht mehr Pflegekräfte und Erzieher*innen. Tarifbindung ist rückläufig und
61 Tarifverträge sind nicht allgemeinverbindlich. Die Sorgen der Menschen in den
62 Transformations-Industrien beantworten wir mit Konzepten für gerechte Übergänge in
63 eine klimagerechte und demokratisierte Wirtschaft. Wir kämpfen für die Menschen, die
64 zu niedrigen Löhnen arbeiten, viele von ihnen leben im Osten. Gute Daseinsvorsorge
65 mit den entsprechenden Arbeitsverhältnissen, gute Industrie-Jobs in nachhaltiger
66 Industrie und Löhne, die zum guten Leben reichen: Das würde das Lebensgefühl (nicht
67 nur) im Osten massiv verändern. Wir klagen den europäischen Mindestlohn durch und
68 streiten mit ihnen dafür, den Niedriglohnsektor trocken zu legen. Wir stellen uns der
69 Spaltung in Menschen, die ein Recht auf Transfers haben, und Beschäftigte entgegen
70 und zeigen, dass die soziale Sicherheit auszuhöhlen den Niedriglohn stärkt. Wir
71 stehen an der Seite der Menschen, die von Armut betroffen sind, viele von ihnen
72 Alleinerziehende, Kinder, Rentner*innen. Viele junge Menschen haben nicht aufgegeben,
73 sie glauben – noch, manchmal verzweifelt – daran, dass die Welt zum Besseren
74 verändert werden kann. Wir sind für sie eine wichtige Adresse: Wir lassen uns nicht
75 korrumpieren. Wir verteidigen die Lebensansprüche aller Menschen. Wir sagen, wo wir
76 auf eine Katastrophe zu schlittern und was passieren muss, um das zu verhindern. Wir
77 geben niemanden auf und kämpfen um jede Stimme. Mit beschränkten Ressourcen nehmen
78 wir Stärken als Ausgangspunkte und verbreitern in die Nachbarschaften und Orte, an
79 denen wir Stärke zurückgewinnen können.

Antrag L01-11: Auf dem Weg zur Bundestagswahl: Die Partei einen und stärken

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Auf dem Weg zur Bundestagswahl: Die Partei einen und stärken**

- 2 **Verloren gegangenes Vertrauen aufzubauen** ist harte Arbeit, Beziehungsarbeit. Mit
3 einer Gesprächsoffensive knüpfen wir wieder Verbindungen. Wir hören zu, wir bringen
4 unsere Vorschläge ein und finden die Menschen, die mit uns aktiv sein wollen.
- 5 Die Linke stellt die Erfahrungen der Menschen, ihren Alltag, ihre Sorgen und
6 Befürchtungen sowie ihre Hoffnungen in den Mittelpunkt. Wir wollen sie ins Parlament
7 und die Öffentlichkeit tragen. Wir verteidigen die Ansprüche an eine funktionierende
8 Daseinsvorsorge und gerechte Teilhabe. Der Ideologie des individuellen Verzichts
9 setzen wir ein neues Wohlstandsmodell entgegen, das ein gutes Leben für alle
10 garantiert und das Überleben auf dem Planeten sichert. Wir zeigen, wie gerechte
11 Übergänge in der Transformation aussehen können, so dass aus angstbesetzten Prozessen
12 Hoffnung für eine bessere Zukunft entstehen kann. Wir laden alle ein, daran
13 mitzuarbeiten.
- 14 Wir **stärken unsere Arbeit vor Ort**: Mit Sozialsprechstunden, Initiativen gegen
15 Mieterhöhungen; mit lokalen Kampagnen, die sich an den realen Problemen der Menschen
16 orientieren, kämpfen wir für Veränderungen vor Ort. Wir laden in offene Strukturen
17 ein und schaffen Verbindungen zu Kommunalvertretungen der Linken. Wir arbeiten dafür,
18 dass Die Linke als eine kommunalpolitische Gestaltungskraft stärker wird.

Antrag L01-12: Versprechen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Versprechen**

- 2 Wir versprechen, dass wir verlässlich gegen die unsoziale Politik der Regierung
3 stehen werden. Wir nehmen unsere Aufgaben ernst, denen eine Stimme zu geben, die
4 sonst nicht gehört werden.
- 5 Wir zeigen, wie gerechte Alternativen aussehen werden und mit aller Kraft für ihre
6 Umsetzung streiten, mit allen Bündnispartner*innen, die es in Zivilgesellschaft und
7 Parlamenten gibt. Wir kämpfen für einen Politikwechsel und Mehrheiten für einen
8 Kurswechsel innerhalb und außerhalb der Parlamente.
- 9 Wir sind und bleiben anders als andere Parteien. Wir nehmen keine Spenden von
10 Unternehmen an. Unsere Abgeordneten nutzen ihre Ressourcen auch dafür, Strukturen vor
11 Ort zu stärken und soziale Projekte zu fördern. Wir halten Widersprüche aus und sagen
12 keine Halb- und Unwahrheiten, nur weil sie gerade weit verbreitet sind.
- 13 Wir bieten allen eine politische Heimat, die sich gegen rechte Hetze zusammenfinden.
14 Wir streiten mit allen für gute Arbeit und eine solidarische Gesellschaft. Gemeinsam
15 wehren wir uns gegen die Angriffe auf den Sozialstaat. Gemeinsam organisieren wir die
16 Hoffnung auf Veränderung, gegen den rechten Zeitgeist.